


Georgien erklärt am 9. April seine Unabhängigkeit von der UdSSR. Das Leben unter der UdSSR bedeute wenig politische Freiheit und starke Kontrolle durch Moskau, während die georgische Kultur und Sprache oft unterdrückt wurden. Die Unabhängigkeit gab dem Land die Möglichkeit, seinen eigenen Weg zu wählen. Das Leben als Teil der UdSSR ist verbunden mit Unterdrückung, eingeschränkter Freiheit, Leben in einem totalitären Regime, in dem Menschenrechte verweigert wurden, und einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von Moskau, was später zu einer Wirtschaftskrise in Georgien führte.

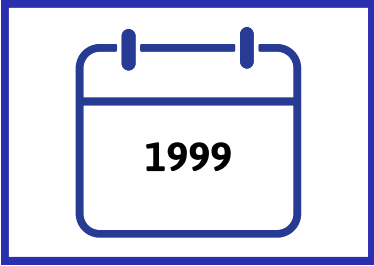


Zwischen Russland und Georgien bricht ein fünfjähriger Krieg um Südossetien (Samarabulo) aus, der Region, die schließlich von Russland besetzt wird. Einer der Hauptgründe für den russisch-georgischen Krieg ist das Bestreben Georgiens, der NATO und der EU beizutreten.


Nach Verhandlungen unterzeichnete Georgien das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, das auch die vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) umfasst. Dieses Abkommen vertiefte die politische und wirtschaftliche Integration und passte die Gesetze und Standards Georgiens an die der EU an. Es war ein wichtiger Schritt in Richtung EU-Mitgliedschaft und ein klares Zeichen für die pro-europäische Ausrichtung Georgiens.



Im Dezember gewährte die Europäische Union Georgien den offiziellen Kandidatenstatus. Obwohl diese Entscheidung an Bedingungen geknüpft war, stellte sie einen diplomatischen Erfolg für Georgien dar und würdigte die europäischen Bestrebungen des Landes. Die EU betonte jedoch, dass vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen weitere Fortschritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz und Medienfreiheit erforderlich seien.



Georgien unterzeichnet sein erstes bedeutendes Abkommen mit der EU – das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA). Dabei handelt es sich um ein rechtsverbindliches Abkommen zwischen Georgien und der EU, das den Rahmen für den politischen Dialog, den Handel und die Zusammenarbeit festlegt. Es war der erste formale Schritt hin zu engeren Beziehungen zwischen der EU und Georgien.



Georgien wird Gründungsmitglied der EU-Initiative „Östliche Partnerschaft“ (EAP). Die Östliche Partnerschaft ist eine Initiative der EU, die ins Leben gerufen wurde, um die Beziehungen zu sechs osteuropäischen Ländern, darunter Georgien, zu stärken. Sie unterstützt Reformen, den Handel und eine engere politische Zusammenarbeit mit der EU.



Georgische Staatsbürger\*innen erhielten die Möglichkeit, für Kurzaufenthalte (bis zu 90 Tage) visumfrei in den Schengen-Raum zu reisen. Dies war ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zwischen der EU und Georgien und eine Belohnung für Reformen in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Grenzmanagement und Menschenrechte. Es symbolisierte auch die konkreten Vorteile des europäischen Integrationsprozesses für die Bürger. Dies hatte enorme positive Auswirkungen auf die Bürger\*innen Georgiens, da sie nun die Möglichkeit hatten, Verwandte in der EU zu besuchen, leichter Zugang zu Studienprogrammen und Jugendaustauschprogrammen zu erhalten und auch Saisonarbeit zu verrichten.




Das georgische Parlament verabschiedete ein Gesetz namens „Gesetz über ausländische Einflussnahme“. Es übernahm dem russischen FARA-Gesetz. Das Gesetz sah vor, dass Nichtregierungsorganisationen und Medienkonzerne, die Geld aus anderen Ländern erhalten, sich als „Agenten ausländischer Einflussnahme“ registrieren lassen müssen. Wenn eine Organisation mehr als 20 % ihrer Mittel aus dem Ausland erhält, muss sie sich als „ausländischer Agent“ registrieren lassen. Wenn sie sich weigert, wird die Organisation mit einer Geldstrafe belegt. Das Gesetz löste massive landesweite Proteste aus, da es als Bedrohung für die Zivilgesellschaft und die demokratischen Werte angesehen wurde.



**Rosenrevolution**

Eine friedliche Revolution führt zu einem Machtwechsel. Mikheil Saakashvili mit der Vereinigten Nationalen Bewegung (UNM) wird neuer Regierungschef. Auslöser der Revolution war die Empörung der Öffentlichkeit über manipulierte Wahlen, massive Korruption, hohe Armut, Autoritarismus und wirtschaftliche Stagnation in den vergangenen Jahren. Sie führte zum Rücktritt des bisherigen Präsidenten Eduard Shevardnadze und markierte den Beginn einer pro-westlichen Reformära. Der Name selbst spiegelt sowohl den friedlichen Charakter der Revolution als auch die symbolische Verwendung von Blumen wider – während des Höhepunkts am 22. November betrat Demonstrant\*innen mit Rosen das Parlamentsgebäude und konfrontierten Shevardnadze friedlich.



In Georgien fanden entscheidende Parlamentswahlen statt, die eine bedeutende Veränderung in der politischen Landschaft des Landes mit sich brachten. Die Vereinigte Nationale Bewegung (UNM) unter der Führung von Präsident Mikheil Saakashvili verlor die Macht an die Koalition Georgischer Traum, die vom Millardur Bidzina Iwanishvili gegründet wurde. Dieser friedliche Machtwechsel wurde als demokratischer Meilenstein angesehen und weckte Hoffnungen auf stärkere demokratische Institutionen und engere Beziehungen zur Europäischen Union. Seit dieser Wahl hat Georgischer Traum die Macht in Georgien inne.



Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine beantragte Georgien offiziell die EU-Mitgliedschaft, ebenso wie die Ukraine und Moldawien. Dieser Schritt war weitgehend symbolisch, markierte jedoch ein historisches Bekenntnis zum Beitritt zur europäischen Familie. Der Antrag spiegelte die öffentliche Unterstützung für die EU-Integration wider, doch die EU signalisierte, dass Georgien noch einiges an demokratischen Reformen zu tun habe.




Die Wahlen wurden weitbin als unfair kritisiert. Nationale und internationale Beobachter berichteten von Unregelmäßigkeiten und behaupteten, die Wahlen seien zugunsten der Georgischen Traum Partei (Regierungspartei) manipuliert worden. Die Ergebnisse vertieften die politische Polarisierung und das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber Wahlprozessen weiter.





Der Premierminister Irakli Kobakhidze kündigte unerwartet an, die EU-Beitrittsverhandlungen bis 2028 auszuschieben, was eine neue Welle von Protesten gegen die Regierung auslöste. In Wirklichkeit wollte die Regierung ihre Macht behalten, um ein autoritäreres Regime zu schaffen, was durch eine aktive Partnerschaft mit der EU schwierig geworden wäre. Einige Tage später versuchte er, seine Worte zu rechtfertigen, indem er erklärte, dass der Beitrittsprozess nicht gestoppt sei, Georgien jedoch bis 2028 keinen Antrag stellen werde, um besser auf die Verhandlungen vorbereitet zu sein und alle Verpflichtungen auf dem Weg zur Vervestigung zu erfüllen. Die Proteste wurden irgendwann brutal und gewalttätig – Polizei und Spezialeinheiten setzten Tränengas, Gummigeschosse und Wasserwerfer ein, um die Menschenmengen zu zerstreuen. Demonstranten und mehrere Journalisten wurden mit Schlagstöcken geschlagen, viele wurden verletzt. Die EU verurteilte das harte Vorgehen und erklärte, die Regierung wende Gewalt gegen ihre eigenen Bürger an, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. Die Protestbewegung dauert bis ins Jahr 2025 an und spiegelt die weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Regierung wider.



Georgien hat ein Gesetz in Kraft gesetzt, das fast identisch mit dem amerikanischen FARA-Gesetz ist. Dieses neue Gesetz verstärkte den Druck auf NGOs, Journalisten und Oppositionsgruppen noch weiter. Die Europäische Union und viele zivilgesellschaftliche Gruppen kritisieren es mit der Begründung, es verstärke autoritäre Regeln und beeinträchtige die Versammlungs- und Meinungsfreiheit der Menschen. Der Unterschied zwischen dem „Gesetz über ausländische Einflussnahme“ und dem FARA-Gesetz ist:

- Das georgische „Gesetz über ausländische Einflussnahme“ betrachtet nur die Herkunft der Gelder. Wenn eine Nichtregierungsorganisation oder Mediengruppe Geld aus dem Ausland erhält, wird sie als „unter ausländischem Einfluss stehend“ eingestuft.
- FARA betrachtet nicht nur das Geld, sondern auch, was Personen oder Gruppen damit machen. FARA kann auch Privatpersonen ins Visier nehmen, während sich das bisherige „Auslandsagenten-Gesetz“ nur auf NGOs und Medien konzentriert.

Das US-Gesetz dient der Transparenz von Lobbyarbeit und nicht der Unterdrückung unabhängiger Gruppen. Die georgische Regierung behauptet, das Gesetz schütze das Land vor „ausländischer Kontrolle“, doch in Wirklichkeit wird es dazu genutzt, Journalisten, Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen zu schwächen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.


Das Europäische Parlament gab über offizielle Kanäle eine dramatische Erklärung ab, in der es erklärte, dass die georgische Regierung die Kriterien einer legitimen demokratischen Autorität nicht mehr erfülle. Die Erklärung folgte auf Monate der demokratischen Drohen, der Unterdrückung von Protesten und der Verletzung von EU-Grundsätzen. Die Georgische Traum Partei wird offiziell als illegitime Macht anerkannt.

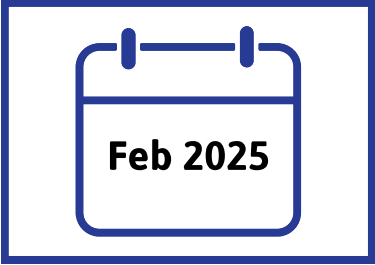




Das Parlament hat umstrittene Änderungen des georgischen Gesetzes über den öffentlichen Dienst verabschiedet. Kritiker argumentieren, dass die Änderungen eine stärkere politische Einflussnahme auf die öffentliche Verwaltung ermöglichen und die leistungsorientierte Einstellung von Mitarbeitern schwächen, was Georgiens Bemühungen um eine Angleichung an die EU-Governance-Standards untergräbt. Mit diesen Änderungen hat Georgien seine im Assoziierungsabkommen festgelegte Verpflichtung untergraben, den öffentlichen Sektor gemäß den EU-Standards zu regulieren, die 2017 in Kraft getreten sind. Infolgedessen wurden fast sieben Jahre Arbeit zunichte gemacht und der öffentliche Sektor kehrte zu seinen autoritären Ursprüngen zurück.

Es wurden neue Vorschriften erlassen, die den Medien die Übertragung von Gerichtsverhandlungen untersagen. Seitdem dürfen Journalisten während des Verfahrens nur noch Notizen machen. Diese Maßnahme wurde als Sicherheitsmaßnahme dargestellt, doch Beobachter warnen, dass sie die Transparenz der Justiz beeinträchtigen und die öffentliche Kontrolle einschränken würde – was Georgiens demokratische Glaubwürdigkeit weiter untergraben würde.





Die Präsidentschaftswahlen fanden unter umstrittenen Umständen statt – das Wahlsystem war zuvor (2018) geändert worden: Anstelle einer Direktwahl durch die Bürger wurde der Präsident nun von Parlamentsabgeordneten und regionalen Vertretern gewählt. Nach den umstrittenen und manipulierten Parlamentswahlen im Oktober blieb jedoch nur Georgischer Traum (GD) im Parlament, die die Opposition die Ergebnisse boykottierte. Das bedeutete, dass nur GD-Mitglieder und ihre Verbündeten wählen konnten, sodass der Präsident effektiv allein von der Regierungspartei und nicht vom Volk oder einem ausgewogenen Parlament gewählt wurde.



Das Europäische Parlament hat eine Resolution verabschiedet, in der es den Rückschritt der Demokratie in Georgien scharf kritisiert. In der Resolution wird die georgische Regierung aufgefordert, autoritäre Maßnahmen rückgängig zu machen, und erneut betont, dass Fortschritte beim EU-Beitritt von der Einhaltung demokratischer Standards abhängen.

